

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Die „Volkswacht“
erscheint täglich Vormittag außer
Sonntag und ist durch die
Vertriebsstellen, Neue Anzeigen, 5 M.,
durch die Post und
durch Colporteurs zu beziehen.
Preis vierteljährlich M. 2.50,
pro Woche 20 Pf.
Postzeitung Nr. 7788.

Telephon
Nr. 451.

Insertionsgebühr
beträgt für die einseitige
Beizeile oder deren Raum
20 Pfennige, für zweifache und
dreifache 30 Pfennige,
10 Pfennige
Interate für die nächste Nummer
müssen bis Vormittag 10 Uhr in der
Expedition abgegeben werden.

Telephon
Nr. 451.

Nr. 109.

Freitag, den 12. Mai 1899.

10. Jahrgang.

Politische Uebersicht.

Der Unternehmer-Terrorismus.

Das Kapitel vom Unternehmerterrorismus, das durch die in Aussicht stehende Zuchthausvorlage gegen den Arbeiter-Terrorismus ganz besonders aktuell geworden ist, erscheint geradezu unerlässlich. Heute können wir unseren Lesern wiederum mit zwei klassischen Beispielen von Unternehmerterrorismus aufwarten und zwar von Terrorismus, der sich nicht nur gegen die „untergebenen“ Arbeiter, sondern ganz besonders auch gegen die eigenen Klassengenossen, gegen solche Arbeitgeber wendet, die nicht nach der Pfeife der Herren Terroristen tanzen wollen.

Aus Weimar, 8. Mai, wird der Erfurter „Tribüne“ geschrieben:

Ein glaubhafter Vorgang von Vergewaltigung im reinsten Sinne des Wortes ist hier vor etwa einer Woche passiert. Der Arbeiter Siffing aus Niedergrundstedt bei Weimar arbeitete auf der Station Weimar der Weimar-Maria-Planenhainer Bahn als Tagelöhner für 1,80 Mark pro Tag. Er hat, um diesen lukrativen Posten zu „dürfen“, obendrein noch eine Kaution stellen müssen. Vor kurzer Zeit stellte er an die Verwaltung der nachsteinsten Sekundär-Bahnen, welcher auch der Betrieb obiger Station untersteht, das im Unternehmerterrorismus ganz ungerechtfertigte, frivole Ansinnen, ihm eine Lohnaufbesserung zu gewähren. Der betreffende Beamte hat das Ansinnen abgelehnt. Da er dabei wie andere Unternehmer der Gattung huldigte, die Forderung sei übertrieben, wissen wir freilich nicht, jedenfalls hat der Arbeiter nicht mehr Lohn erhalten.

Zu bemerken ist hierbei, daß der zum größten Teil aus Dorfbürgern bestehende Bezirksausschuß den ortsüblichen Tagelohn für Weimar im Sinne des Art. 130 des Reichs-Ges. auf 2,30 Mark pro Tag vor längerer Zeit festgesetzt hatte. Als Grund hierfür wurde angegeben, daß die Verhältnisse sich so geändert hätten, daß die Erhöhung von 1,80 auf 2,30 Mark gerechtfertigt erscheine. Damit ist anerkannt worden, daß in Weimar Tagelöhne von 1,80 Mark nicht mehr die Norm, sondern eine Ausnahme bilden. Die nachsteinsten Sekundär-Bahnenverwaltung blieb also in diesem Fall hinter den allgemeinen Verhältnissen zurück.

An sich wäre dies noch nichts Besonderes; doch das dicke Ende kommt nach. Der Arbeiter kündigte gesetzmäßig und nach den Bestimmungen des Arbeitsvertrages, um sich eine besser bezahlte Arbeit zu suchen. Diese erhielt er in der Görmar'schen Holzhandlung. Görmar hat aber als Lagerplatz seiner Holz ein Stück Land von der nachsteinsten Sekundär-Bahn gepachtet, welches direkt an den Berliner Bahnhof grenzt.

Da bekommt eines Tages die Firma Görmar in einem eingeschriebenen Brief die Aufforderung von der Verwaltung der Verlaer Bahn, den Arbeiter Siffing zu entlassen, weil die Verwaltung der Verlaer Bahn nicht leiden könne, daß Siffing noch auf ihrem Grund und Boden beschäftigt werde. Wollte aber die Firma den Arbeiter nicht entlassen, so wäre ihr mit diesem Schreiben der Pachtervertrag gekündigt und es hätte die Räumung des Lagerplatzes bis zum 27. Mai zu erfolgen. Die Firma hat auf diesem Platz ihren ganzen

Geschäftsbetrieb errichtet, Schuppen erbaut, Feldschienen angelegt u. s. w.

In dem Schreiben wird die Firma beschuldigt, den Bahnarbeiter Siffing durch das Versprechen höheren Lohnes absichtlich gemacht zu haben. Wollte die Firma nicht ihren ganzen Betrieb in Frage stellen, blieb ihr bei der Kürze der Zeit nichts anderes übrig, als sich dem Willen der Verwaltung der Verlaer Bahn zu fügen. Siffing ist entlassen worden.

Wir empfehlen Herrn Grafen Posadowsky dringend, diesen Fall der Verhinderung an freiwilliger Arbeit zur Begründung der dafür im Zuchthausgesetz angeordneten „schwersten Strafe“ nicht zu übersehen.

Ebenso lehrreich ist der zweite Fall, über den berichtet wird:

In Betreff der Aussperrungen wegen der Maifester erläßt der Vorstand der Freien Vereinigung der Holzindustriellen Berlins folgende Erklärung:

In Folge des Beschlusses unserer außerordentlichen Generalversammlung, laut welchem alle am 1. Mai Feiernenden auch am nächsten Tage von der Arbeit ausgeschlossen werden sollten, sind mehr als 3000 Arbeiter von unseren Vereinsmitgliedern ausgesperrt worden, während in einer großen Anzahl von Betrieben am 1. Mai gearbeitet wurde; nur ca. 30 Arbeitgeber unserer Vereinigung hatten obigen Beschluß nicht gehalten und ihren Arbeitern freigegeben. Gegen diese „Maifesten“ behalten wir uns weitere, ernsthafte Maßnahmen vor. Es ist somit der Nachweis erbracht, daß den Arbeitern der Berliner Holzindustrie die Maifester ohne Schädigung ihrer wirtschaftlichen Interessen nicht möglich war. Der weitere Beschluß des Holzarbeiterverbandes, nunmehr die ganze Woche die Arbeit ruhen zu lassen, vergrößert nur noch den Schaden unserer Arbeiter; er entspricht aber auch zugleich unserer ursprünglichen Absicht, die Feiernenden acht Tage auszusperrn; nur Gründe der Humanität haben uns schließlich davon abgehalten. Die Angelegenheit ist für uns erledigt, wenn die Arbeiter am Montag, 8. Mai, pünktlich und bedingungslos die Arbeit wieder aufnehmen.

Ein Unmaß terroristischer Frivolität und Heuchelei spricht aus diesen Zeilen. Man kann nicht ohne schauernde Empörung die Behauptung lesen, daß „nur Gründe der Humanität“ den Vorstand der Unternehmer-Vereinigung bestimmt haben, von weiterer Aussperrung abzusehen! Es ist sehr beachtenswert, daß nicht die Mitglieder der Vereinigung selbst sich äußern, sondern der Vorstand. Der gerirt sich, als ob es in seiner Macht stünde, „gnädig“ zu sein. In Wahrheit liegt die Sache so, daß die Mitglieder der Vereinigung sich die Pflicht, „ihre“ Arbeiter länger auszusperrn, vom Vorstande nicht wollen aufklopfen lassen. Freilich hat der Arbeiter Schaden, wenn er feiern muß. Aber haben die Unternehmer etwa Vortheil davon? Das Interesse der Arbeiter, „Gründe der Humanität“ sind für die Bekanntmachung des Vorstandes ganz gewiß nicht bestimmend gewesen; das lehrt ja auch die höhnische Bemerkung, daß der Vorstand sich gegen die „Maifesten“ weitere ernsthafte Maßnahmen vorbehalten.

Hier also ist die unerhörteste Fundgrube an Beweisen für empörenden Terrorismus — bei den Herren Unternehmern. Unsere Vertreter im Reichstage werden bei der Beratung der

Zuchthausvorlage im Reichstage die angesammelten reichen Materialien über „Unternehmerterrorismus“ gewiß mit Erfolg verwenden.

Das Portal der Märzgefallenen.

Zur Portalfrage im Friedrichshain hat die Berliner Stadtverordneten-Versammlung am Mittwoch den Antrag des Magistrats, über die Sache in gemischter Deputation zu berathen, mit allen gegen 4 Stimmen abgelehnt. Die Vertretung der Bürgerschaft besteht also darauf, daß die Angelegenheit im geordneten Rechtsweg entschieden wird.

Herr Bürgermeister Kirchner hielt bei dieser Gelegenheit eine den Umständen sehr angemessene Oberbürgermeister-Kandidatenrede. Von der Anerkennung der Thatsache ausgehend, daß es sich hier um einen Gemeinbeschuß handle, der nur durch übereinstimmenden Beschluß beider Körperschaften abgeändert werden könne, suchte er die Versammlung davon zu überzeugen, daß es nicht immer der zweckmäßige, weise oder rühmensewerthe Standpunkt sei, wenn eine Parteipolitik auf ihrem Schein bestehe oder ihr Recht bis auf äußerste verfolge, und daß diese Auffassung noch viel mehr auf dem Boden des öffentlichen Rechts als im Privatrecht gelte; ein ernstlicher politischer Mann sei verpflichtet, eine solche Sache aus der Gesamtheit der dabei in Betracht kommenden Verhältnisse heraus zu beurtheilen. Auch wenn das Bauprojekt genehmigt würde, bliebe schließlich immer noch der Streitpunkt um die Inskription; nachdem aber der Projektgegner (das Polizeipräsidium) in der Verhandlung kundgegeben, daß sich sein Widerstand nicht gegen das Ganze der Anlage richte, hätte auch im Magistrat die Meinung zur Fortführung des Projektes an vielen Stellen sich verloren. Es müßte doch erwoogen werden, ob sich nicht Mittel und Wege finden ließen, diese nicht angenehme, nicht schöne, nicht erfreuliche Angelegenheit aus der Welt zu schaffen. Für die Ablehnung der Bitte des Magistrats sehe er keinen Grund, und der Magistrat würde eine solche Ablehnung schmerzlich empfinden.

Herr Kirchner schloß mit der dunklen Andeutung, daß sich an die Beschlußfassung der Versammlung möglichst viele wichtige Entscheidungen knüpfen könnten.

Es half aber Alles nichts; die alte und die neue Fraktion der Linken wollen von der Durchsetzung des Rechtsstreites nicht absteigen und schieben die Verantwortung für die Zuspitzung der Situation der anderen Seite zu.

Vorher hatte die Versammlung auch zu der Prügelfrage im St. Josef-Waisenhaus zu Potsdam Stellung genommen. Der früher von der Mehrheit gemachte Verschleppungsversuch hat seinen Zweck nicht erreicht; fast einstimmig hat der Ausschuß sich auf den Antrag geeinigt, die Entfernung sämtlicher Berliner Waisen aus dieser Anstalt baldmöglichst vorzunehmen, und fast einstimmig erhob die Versammlung diesen Antrag ohne Debatte zum Beschluß, nachdem der Referent Micheler gegen den schamlosen Versuch der katholischen Presse, nachträglich den Spieß umzudrehen, scharfen Protest erhoben hatte.

Sehr hübsche Praktiken

hat man geliebt, um die Durchsetzung des Invalidenversicherungsgesetzes im Reichstage (siehe den Parlamentsbericht) gegen den Widerspruch der Sozialdemokraten möglich zu

Die Rose von Disentis.

Von Heinrich Scholle.

„Die Befehle der Völker schreit wider Euch über die Wolken des Himmels hinauf“, fuhr der Sprecher der Unterländer fort. „Ihr Franzosen, Ihr habt den Thron Eurer Könige zertrümmert; Ihr habt die Altäre Eurer Heiligen gebrochen; Ihr habt die Ströme Deutschlands und Westlands mit Menschenblut gefüllt. Ihr habt das Grab der heiligen Apostel geschändet. Vermisset Ihr am letzten Jammer der Welt vielleicht noch den Jammer armer Hütten in unbekanntem Gebirgen? Diese Felsen gebären kein Gold, diese Steinhäute keine Perlen, nur vier Wochen lang geben sie spärliches Futter für unsere Heerden, die übrige Zeit liegt Schnee und Eis. Wollt Ihr hartziger gegen die Hütten sein, als der Erdboden? Wollt Ihr das Almosen nehmen, welches uns der Himmel so kümmerlich zuwirft? Hört! Eurer Euren Fuß keine Schrittbreite weiter, oder, bei allen Heiligen des Himmels, Ihr fahrt vor Sonnen- und Mondgang in die unterste Hölle. Feinden fordern wir keine Gnade ab, auch schenken wir ihnen keine. So Euch aber der Schnee des Gebirges ermattet hat, sprecht. Wir sind Weiden, Ihr sollt Erbarmen finden. Unsere Hütten geben Euch Obdach, Milch und Käse, doch zuvor legt die Waffen ab. Wogen sollt Ihr eure Rüstung und Wehr unversehrt wieder empfangen. Dann möget Ihr wohlbehalten nach Urfern zurückgehen. Das soll ich Euch anzeigen. Mein Mund ist der Mund des Volkes!“

Flavian verdolmetzte dem Feldherrn die Worte des Hüttenboten nicht nur treu, sondern mit wirklicher Begeisterung. Der französische Befehlshaber aber rief unter dem Schläger: „Wer hätte doch in diesem Rammloch einen so gewandten Diplomaten vermutet! Dürger Hensch,

antworten Sie kurz und bündig: Wir zögen vor, die angenehme Unterhaltung im warmen Zimmer, beim Glase Wein fortzusetzen, statt uns im Schnee hier die Füße erkalten zu lassen. Wir seien gute Freunde der Graubündner; würden Mannszucht halten und verlangen nichts als ungehinderten Durchzug. Der Franzose aber gebe keine Waffe ab, bis man sie ihm aus der todten Faust reiße. Was sich dem Durchzuge widersetzt, wird niedergemacht. Basta!“

„Durchzug?“ rief der Lavetscher, als er den Sinn der Antwort vernahm, und seine Stimme ging in dumpfes Brüllen über, wie die des gereizten Stieres. „Bei den Gebeinen des heiligen Placidus! Wähle bei Zeiten die Heimkehr, Rezer, oder es sollen die Knochen Deiner Händerbände neben den Deinigen im Schnee und Sonnenschein bleichen, daß Bettler und Ganner genug Knöpfe für ganz Frankreich daraus schneiden können.“

Er sprach diese Worte mit solch donnernder Rehle, daß der Schall weit umher von den sich gegenüberstehenden Schlachthäufen gehört wurde. Seine Augen blinzelten dabei flehend unter den grauen Wimpern hervor. Der General hatte ihn verstanden, ehe Flavian die Drohung übersetzte.

„Halten wir uns keinen Augenblick länger bei dem Behemot auf“, sagte Loison zum Schützenhauptmann. „Wiederholen Sie ihm kurz: hindert man mich meinen Weg friedlich fortzusetzen, werde ich ihn mit Feuer und Schwert bahnen.“ Damit drehte er der Gefandtschaft den Rücken und kehrte zu den Kruppen zurück, die, seinen Anordnungen gemäß, schon angefangen hatten, ihre Reihen seitwärts auszubehnen.

„Nun denn, lustig! Angefangen mit der Wollszucht! Schon auf in die Luft; der Waldgeier wittert schon das Aas!“ schrie der Sprecher des Volkes und die Jüge seines Gesichtes verriethen Jubelstimmung mit dem Beginn des blutigen Tageswerkes. „Aber Du“, fuhr er zu dem bisherigen Dolmetscher

fort, „sage an, wer bist denn Du? Wo bist Du dahin?“

„Was treibst Du bei den Rezer?“

„Ein Engländer und Bündner bin ich wie Ihr. Ihr seid ja selbst Zeuge, wie ich ihnen mit meiner Sprache dienen muß“, erwiderte Flavian.

„Also ein Waubdiener?“ versetzte jener. „Dergleichen treibt sonst kein Gewerbe freiwillig. Willst Du nicht lieber Deinem Vaterlande dienen?“

„Ich kann es hier mit gutem Rath“, sagte der Hauptmann. „Nichts davon!“ unterbrach ihn der Lavetscher trocken.

„Jetzt heißt's gute That! Mache Dich davon, Burche, sobald Du kannst und springe hinüber zu den Unsrigen, wenn Du nicht einerlei Los mit dem welschen Gefindel verlangst. Gelobt sei Jesus Christ!“

Darauf nahm er rasch seine Amtsgenossen beim Arme, und eilte, neben ihnen, mit langen Schritten bergab.

17.

Der Kampf.

Indessen hatte Loison schon Befehl zum Aufbruch gegeben. Der Vortrag löste sich zum Wankeln in eine lange Linie auseinander. Hinten wirbelten die Trommeln. Die Soldaten schritten durch den dichten Nebel, der Alles umhüllte, in geschlossenen Gliedern vor, still und ernst, die Augen halb nachwärts auf den unsicheren Boden gerichtet, welchen zwei Fuß tiefer Schnee bedeckte, bald vor sich hinaus, um die feindliche Mannschaft zu erblicken, welche indessen nirgends zu entdecken war. Loison hatte verboten, einen Schuß zu thun, bevor man von dem Landstürme angegriffen sei. Niemand wußte, wo dieser stand, als plötzlich die durchdringenden Sonnenstrahlen den dichten Nebel zerriß. Da sah man eine ziemlich geräumige, sanft abfallende Ebene vor sich, das Dorf Disentis im nahen Hintergrunde derselben, und über dem Dorfe die weißlichen weißen Gebäude des Klosters von mächtiger Höhe herabschimmern. Fortsetzung folgt.

machen, d. h. um jeden Preis die Beschlussfähigkeit des Reichstags herbeizuführen.

Die „Freis. Ztg.“ teilt mit:

Sonderbare Praktiken sind ausgedeutet worden, um für die Aufrechterhaltung der angeordneten Tagesordnung (Invalidentversicherung) eine zahlreiche Präsenz des Plenums herbeizuführen.

Es wurden am Mittwoch Morgen durch die Reichstagsboten anonyme rote Zettel ausgetrauen mit folgendem Wortlaut: Reichstag. Freisinnige Volkspartei.

Es wird auf das Dringendste gebeten, heute beim Beginn der Plenarsitzung um 1 Uhr pünktlich anwesend sein zu wollen, da Anträge auf Abfertigung des Tagesordnungsgegenstandes gestellt werden, um die Sitzung zu vertreiben.

Berlin, den 10. Mai 1899.

Niemand in der Freisinnigen Volkspartei hat zu einer solchen Aufforderung unter der Firma der Partei Auftrag gegeben. Der Bureaudirektor erklärte auf Befragen, die Verantwortung für diese Verteilung zu übernehmen; die Firma der Partei sei aus Berechnung hinzugefügt.

Neue sozialdemokratische Mandate?

Die Wahlprüfungscommission des Reichstags hat bekanntlich einstimmig die Wahl des Abg. Loge (8. jährl. Wahlkreis) für ungültig erklärt. Erklärt auch der Reichstag die Wahl für ungültig, so ist das antisemitische Mandat ernstlich in Gefahr und die Hoffnung auf einen neuen sozialdemokratischen Sieg nicht unberechtigt.

Außer dem 8. Wahlkreise steht übrigens auch der zweite Wahlkreis (Lobau), der auch von der Wahlprüfungscommission für ungültig erklärt worden ist, in Gefahr, bei einer Nachwahl von den „Ordnungs“partien in den Besitz der Sozialdemokratie überzugehen.

Ueber die Gründe für die Ungültigkeitserklärung berichtet der Vormärz:

Bei der Wahl wurde in der bekannten jüdischen Kammer des Versammlungsortes für unsere Gewerkschaften aufgehoben. Es ließ der Bürgermeister in Gehör den Inhalt des „Schützenhautes“ vor sich kommen und legte demselben einen Hebers zu Unterdruck vor mit der Bemerkung, seinen Saal zu Versammlungen der Sozialdemokraten nicht mehr herzugeben.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion

hat in Folge erneuter Verträge mit den Kräften des Komites für Arbeiterziehung, das aus der Initiative des Herrn v. Bodelschwingh hervorgegangen ist, am 10. d. Mts. noch einmal über die Frage beraten, ob sie sich an den Arbeiten dieses Komites beteiligen soll.

Auf neue Marinevorlagen richtet sich nach dem „Vorwärts“ die Krupp'sche Germaniamesse in Kiel ein.

Sie soll durch weitere Grundstücksankäufe in dem Maße vergrößert werden, daß mindestens 7000 Arbeiter, etwa die dreifache Zahl der gegenwärtig dort Arbeitenden, beschäftigt werden können.

Dem Volk soll bekanntlich die Meinung erhalten werden, wie viel aber einigen von „Gott's Gnade“ manchmal ein religiöses Scheitern wert ist, dessen über man immer etwas weiss bringen können ihren „Glauben“ wechseln, um irgend einer ausländischen Fregate beizutreten zu können.

Ausland.

Im Fall Dreyfus

mit die Entscheidung des Appellationshofes jetzt für Anfang Juni angehängt. In der Sitzung, welche das neuorganisierte Bureau des Appellationshofes am Dienstag Nachmittag abhielt, erklärte Herr-Deputierter, er würde den Bericht bezüglich der Revision des Prozesses Dreyfus etwa zu Pfingsten vorlegen können.

Die Richter „Zuhörer“ verneinen, daß 21 Richter des höchsten Gerichtes unerschütterlich entschlossen sind, das Dreyfus' Urteil die Untersuchung noch so unvollständig zu

wiesen werde. „Leider giebt es“, fügt das Blatt grimmig hinzu, „18 Richter, die von Dreyfus' Unschuld bereits überzeugt sind, und acht, die der Untersuchung Beachtung schenken.“

Amerika und die Philippinen.

Mit der Unterwerfung der Philippinos, die amerikanische Zeitungsberichte so bestimmt melden, ist es vorläufig nicht. Es scheint vielmehr, als hätte Aguinaldo zu irgend einem Zwecke die Yankees ganz gehörig dupirt. Seit der Philippinos-Oberst Arguelles, der den Friedensunterhändler spielte, das amerikanische Lager wieder verlassen hat, hört man nichts mehr von ihm.

Deutscher Reichstag.

Singers geizige Ankündigung, er werde die Abfertigung der zweiten Beratung des Invaliditäts-Gesetzes von der heutigen Tagesordnung beantragen, hatte nicht verfehlt, ihre Schuldigkeit zu thun, d. h. ein vollbelegtes Haus zu schaffen. Besonders das Zentrum hatte seine Reserven und Landwehren sämtlicher Aufgebote herangezogen.

Die Abgeordneten Dr. Lieber fürs Zentrum, Liebermann von Sonnenberg für die Antisemiten, Bassermann für die National Liberalen hielten sich auf die Seite Sr. Erlaucht des Grafen Ballestrem, der mit allen Insignien seiner Präsidialwürde gegen den Antrag Singer jocht. Ihm eilten zur Hilfe sein Amtsvorgänger v. Seelow, der einen wehmütigen Rückblick auf die Zeit warf, da im Reichstage noch nicht so viele Neben, soll natürlich heißen sozialdemokratische, gehalten wurden, und der Reichspräsident Knigge-Schmidt, der übrigens nur im Namen einer kleinen Minderheit der Freisinnigen sprach.

Um 6 Uhr Nachmittags fand die lange Sitzung ihr Ende.

Die Sitzung Mittwoch, den 10. Mai 1899. — 11 Uhr.

Die Sitzung beginnt mit der zweiten Beratung des neuen Invaliden-Versicherungsgesetzes.

Abg. Singer (Zentrum) teilt den Antrag, die Abfertigung des Invaliden-Versicherungsgesetzes zu vertagen und sich für folgende Gründe an:

Der Herr v. Bodelschwingh's Gesetzentwurf ist noch nicht fertig genug, um ihn dem Reichstage vorzulegen. Ferner ist die Zustimmung des Reichstages zu dem Gesetze noch nicht abgesehen. Der Herr v. Bodelschwingh hat sich nicht mit dem Reichstage abgesehen. Es ist daher für die Beratung von demselben heute noch kein Anzeichen gegeben. Ich bin daher der Meinung, daß die Beratung des Invaliden-Versicherungsgesetzes heute nicht stattfinden sollte.

Abg. Lieber (Zentrum): Das ist ein sehr wichtiger Punkt, den wir heute nicht erörtern können.

Abg. Liebermann von Sonnenberg (Antisemiten): Ich bin der Meinung, daß die Beratung des Invaliden-Versicherungsgesetzes heute stattfinden sollte.

Abg. Bassermann (National Liberalen): Ich bin der Meinung, daß die Beratung des Invaliden-Versicherungsgesetzes heute stattfinden sollte.

Abg. Graf Ballestrem (National Liberalen): Ich bin der Meinung, daß die Beratung des Invaliden-Versicherungsgesetzes heute stattfinden sollte.

Abg. Knigge-Schmidt (National Liberalen): Ich bin der Meinung, daß die Beratung des Invaliden-Versicherungsgesetzes heute stattfinden sollte.

Abg. Seelow (National Liberalen): Ich bin der Meinung, daß die Beratung des Invaliden-Versicherungsgesetzes heute stattfinden sollte.

Abg. Singer (Zentrum): Ich bin der Meinung, daß die Beratung des Invaliden-Versicherungsgesetzes heute stattfinden sollte.

Abg. Lieber (Zentrum): Ich bin der Meinung, daß die Beratung des Invaliden-Versicherungsgesetzes heute stattfinden sollte.

Abg. Liebermann von Sonnenberg (Antisemiten): Ich bin der Meinung, daß die Beratung des Invaliden-Versicherungsgesetzes heute stattfinden sollte.

nicht überführt werden. Wenn der Abg. Lieber den Komiteebericht ansieht, so werde er finden, daß derselbe mäßigen Aufschau genüge. Wir haben an der Durchfertigung des Invaliden-Versicherungsgesetzes die Erfahrung gemacht.

Abg. Mollenhuth (Soz.) weist darauf hin, daß der Komiteebericht nur 27 Unterschriften trage. Es sei bedauerlich, daß der Reichstag bei einem Gesetze für arme Leute seine Beraterrart überfordern wolle.

Präsident Graf Ballestrem: Ich möchte dem Herrn Mollenhuth bemerken, daß der deutsche Reichstag die Gesetzgebung behandelt, ob sie für arme oder reiche Leute gegeben ist. Er hat gleich großen Eifer für alle Klassen der Bevölkerung.

Abg. Schmidt (Antis.) behauptet, daß die Mitglieder der Kommission Zeit genug gehabt hätten, den Bericht durch Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Antis.) erklären seine politischen Freunde ebenfalls gegen den Antrag zu werben.

Abg. Dr. Lieber (Zentr.): Der Herr Abg. Singer hat das Haus heute unvorbereitet in die Beratung. Die demokratischen haben aber bis § 62 allein 32 Änderungsanträge gebracht. Oder macht Herr Singer nur aus dem Vorwurfe, unvorbereitet seien! Wenn Sie das glauben — es wäre Ihr Vortheil. Dann werden Sie bis zum § 62 keinen Antrag haben, der Ihnen gewachsen ist. (Gelächter.)

Der Antrag Singer wird hierauf gegen die Stimmen Konservativen und der Mehrheit der freisinnigen Volkspartei abgelehnt.

Das Haus tritt nunmehr in die Beratung des Invaliden-Versicherungsgesetzes ein (die meisten Abgeordneten verlassen den Saal.)

§ 1 des Entwurfs handelt von der Versicherungspflicht. Dieser sollen unterliegen:

- 1. Arbeiter, Gehilfen, Gesellen, Lehrlinge und Dienstboten.
2. Betriebsbeamte, Werkmeister und Techniker, Handwerker und Bediener (ausgeschlossen der in Apotheken beschäftigten Angestellten, deren dienstliche Beschäftigung ihren Hauptberuf bildet, sowie Lehrer und Gelehrte, sofern ihr Jahresverdienst 2000 Mk. nicht übersteigt.)
3. Die Personen von Schiffsbefahrungen (Schiffsbesatzungen), wenn ihr Jahresarbeitsverdienst 2000 Mk. nicht übersteigt.

Die Abgg. Albrecht und Gen. (Soz.) beantragen, auch Hausgewerbetreibenden als Arbeiter im Sinne des Gesetzes zu bezeichnen, und die Gewerbetreibenden, in deren Hause Arbeiter arbeiten, anzupflichten, die in dem Gesetze den Arbeitgebern erlegten Verpflichtungen zu erfüllen.

Abg. Stadthagen (Soz.): Unser Antrag entspricht dem Wunsche von Millionen Arbeitern der verschiedensten Berufe. Auch Industrielle erkennen das Bedürfnis an, die Hausgewerbetreibenden versicherungspflichtig gemacht zu werden. Unser Antrag regelt gleichzeitig die Frage, wer der Versicherungspflichtige ist, wer als Arbeitgeber zu erachten ist. Es trägt der Hausgewerbetreibende, wie wir ihn in unserem Antrag haben, ein Arbeiter oder Arbeitgeber ist. Nach dem Sprachgebrauch und der überwiegenden Praxis der Gewerbeämter sind die Hausgewerbetreibenden gewerbliche Arbeiter. Freilich wird diese Ansicht von allen geteilt. Es ist aber richtig, endlich den gesetzlichen Wortlaut zu klären und klar zu sagen, daß Arbeiter und Arbeiter sind, auch dann, wenn sie Heimarbeiter sind. Jeder, der sich einem Arbeitgeber verpflichtet, einen Teil seiner körperlichen geistigen Arbeitskraft für das Unternehmen eines anderen hingibt, ist Arbeiter. Der § 119 b der Gewerbeordnung hebt zwar hervor, daß eine gegen das Grundstück gerichtete Bestimmung auch Heimarbeiter Anwendung finden soll. Damit ist aber nicht gemeint, daß der Heimarbeiter nicht als Arbeiter angesehen wird. Der Gesetzgeber stellt nur die Heimarbeiter als eine besondere Kategorie der Fabrikarbeiter. Daß der Hausgewerbetreibende deshalb Arbeiter ist, weil er außerhalb der Werkstatt arbeitet, ist auch richtig. Die Gewerbeordnung bezieht sich auf beide Kategorien Arbeiter. Im allgemeinen sozialen Interesse ist es notwendig, daß auch die Heimarbeiter versicherungspflichtig werden und allen Dingen, daß die Inhaber der großen Geschäfte als die natürlichen Arbeitgeber vom Gesetze hingehalten werden. Ich bitte daher dringend, unseren Antrag anzunehmen. (Bravo! bei Sozialdemokraten.)

Der sozialdemokratische Antrag wird in namentlicher Abstimmung mit 159 gegen 39 Stimmen abgelehnt. Denselben stimmte außer den Sozialdemokraten nur noch der Abg. Müller-Gulda (Zentrum).

§ 1 wird in der Kommissionsfassung angenommen, ebenso § 3. Es folgt § 3 a, der folgendermaßen lautet:

Der Versicherungspflicht unterliegen nicht Personen, welche Lohnarbeit nur in bestimmten Jahreszeiten für nicht mehr als 12 Wochen übernehmen, im Uebrigen aber ihren Lebensunterhalt durch selbstständiges oder anderweit selbstständig erworbenes oder durch andere Weise verdient. Der Bundesrath ist befugt, hienach nähere Bestimmungen zu erlassen.

Durch Beschluß des Bundesraths wird bestimmt, inwiefern die vorübergehende Dienstleistungen als versicherungspflichtige Beschäftigung im Sinne dieses Gesetzes anzusehen ist.

Der Bundesrath ist befugt, darüber Bestimmungen zu treffen, unter welchen Voraussetzungen Ausländer, welchen der Aufenthalt im Inlande nur für eine bestimmte Dauer behördlich gestattet ist, und die nach Ablauf dieser Zeit in das Ausland zurückkehren wollen, der Versicherungspflicht nicht unterliegen.

Die Kommission beantragt, folgenden Zusatz zu machen: Die Bestimmungen, welche solche Ausländer betreffen, haben nach der Bestimmung des Reichsversicherungsamtes denjenigen den Betrag an die Versicherungsanstalt zu zahlen, den sie für die Versicherung der Ausländer aus eigenen Mitteln würden entrichten müssen, wenn deren Versicherungspflicht bestände.

Die Abgg. Albrecht und Gen. (Soz.) beantragen, den § 3 a zu streichen, eventuell aber in dem letztgenannten Satze die gebräuchlichen Worte: „denjenigen Betrag“ durch die Worte: „den doppelten Betrag“ zu ersetzen und die letzten Worte zu streichen.

Abg. Mollenhuth (Soz.): Der § 3 a ist eingefügt worden, weil der Bundesrath von der Befugnis, ausländische Arbeiter der Versicherungspflicht auszunehmen, einen sehr ausgiebigen Gebrauch gemacht hatte, und zwar in einer Weise, die sicher ein Verstoß gegen den Geist des Gesetzes gewesen hat. Die ursprünglichen Gesetze gung dahin, daß alle Lohnarbeiter des Reiches versichert werden sollten, ohne Rücksicht darauf, ob Ausländer oder Inländer sind. Nur wenn einer dauernd nach ins Ausland zurückkehren sollte, oder er mit einer dreifachen Höhe gefunden werden. Der Bundesrath benutzte aber jene Vollmacht, die ihm durch das Gesetz gegeben war, um die Versicherungspflicht der Ausländer zu streichen, und zwar in der Weise, daß er die für ihre Gehälter und schwarzen Schriftsätze nicht zahlen mußte, wenn im Interesse der nachbleibenden Arbeiter, die für ihre Gehälter und schwarzen Schriftsätze nicht zahlen wollten. Das bedeutet, daß der Bundesrath die Befugnis, ausländische Arbeiter der Versicherungspflicht auszunehmen, in der Weise benutzte, daß er die für ihre Gehälter und schwarzen Schriftsätze nicht zahlen mußte, wenn im Interesse der nachbleibenden Arbeiter, die für ihre Gehälter und schwarzen Schriftsätze nicht zahlen wollten. Das bedeutet, daß der Bundesrath die Befugnis, ausländische Arbeiter der Versicherungspflicht auszunehmen, in der Weise benutzte, daß er die für ihre Gehälter und schwarzen Schriftsätze nicht zahlen mußte, wenn im Interesse der nachbleibenden Arbeiter, die für ihre Gehälter und schwarzen Schriftsätze nicht zahlen wollten.

Abg. von Loebell (Antis.): Die Versicherungspflicht ausländischer Arbeiter in unserer Volkswirtschaft ist eine Nothwendigkeit. Es ist in der Ordnung, daß die Regierung darauf Rücksicht nimmt, wenn wir schon keinen Protest erheben gegen den Komiteebericht, der uns jene Befugnis anverleiht, so ist das wirklich sehr zu bedauern. (Bravo! bei den Soz.) Noch mehr kann man nicht vor uns sagen. (Erneutes Lachen. Bravo! bei den Soz.)

Abg. Mollenhuth (Soz.) beantragt, den § 3 a zu streichen, eventuell aber in dem letztgenannten Satze die gebräuchlichen Worte: „denjenigen Betrag“ durch die Worte: „den doppelten Betrag“ zu ersetzen und die letzten Worte zu streichen.

Regierungsentwurf wird ja die Notlage der ostpreussischen Ver-
sicherungsanstalt noch verschärft. Herr von Loebell erwidert ich, daß
ich die Arbeiterkassentätigkeit in Ostpreußen keineswegs leugne. Aber die
haben die Herren Agrarier selbst verschuldet. Sie haben eben ihre
Leute so schlecht behandelt, daß sie ihnen davongelaufen sind. (Wider-
spruch rechts.)

Jedenfalls muß doch aber im Gesetz irgend eine Fälligkeit dafür
getroffen werden, daß die Beiträge, die an Stelle der Versicherung
ausländischer Arbeiter gezahlt werden sollen, auch wirklich gezahlt
werden. Und da sehe ich keinen andern Weg, als den von uns ein-
gebrachten Eventualantrag (Beifall bei den Soz.)

Abg. von Loebell (konf.) bittet nochmals um Ablehnung des
sozialdemokratischen Antrags.

Abg. von Jodzewski (Pole) bestreitet, daß die Arbeiter aus
Noth nach dem Westen gehen. Sie thun dies nur, weil ihnen Vor-
sorgeungen gemacht werden.

Abg. Stadthagen (Soz.) Es ist keine Verlockung, wenn man
den Leuten erzählt, daß sie im Westen besseren Lohn bekommen.
Warum Sie (nach rechts) Russen, Oesterreicher, Chinesen herein
herin wollen? Wesentlich deshalb, um Ihre Krankenkosten zu
germinieren (Lärm rechts). Das schreit doch zum Himmel.
Jede soziale Fürsorge für die Kranken unterbleibt dort, statt dessen
holt man Ausländer herüber und schießt sie wieder ab, sobald sie etwa
der Armentafel verfallen würden. Ich halte es für eine Ungeheuer-
lichkeit, wenn eine Bestimmung, durch die die ausländische Schmutz-
konturrenz begünstigt wird, im deutschen Reichstage zur Annahme ge-
langt. (Große Unruhe rechts). Es ist eine Phrase, wenn Sie da
noch von national reden.

Präsident Graf Ballestrem (unterbrechend): Ich nehme an,
daß Sie mit dieser Aeußerung nicht Mitglieder dieses Hauses meinen.
(Lachen.)

Abg. Stadthagen (fortfahrend): Selbstverständlich habe ich
damit nur Befürworter dieser Bestimmung außerhalb dieses Hauses
gemeint. Ich hoffe, daß der Reichstag diese ungeheuerliche Zu-
wuthung zurückweisen wird.

Die Zahlen der landlichen Arbeiterkassentätigkeit ergeben ein klares
Bild von der fortschreitenden Proletarisierung und Verelendung unserer
landlichen Bevölkerung. Diese meint aber den Herren dort nicht zu
haben. Sie wollen mit geschloßenen Bestimmungen alle kleinen Leute
von dort verdrängen, damit sie nur mit Polen, Russen, Chinesen zu thun
haben. (Große Unruhe rechts). Solche Leute sind schutzlos und recht-
los, wenn sie nach Deutschland kommen; sie können gehalten werden
wie die Arbeitsthiere. (Lachen rechts). Den kleinen bäuerlichen Be-
sitzen müssen die Augen darüber geöffnet werden, was Sie unter dem
Deckmantel vaterländischer Bestrebungen verbergen. (Lärm rechts).
Ich bitte Sie dringend, diesen dem Gerechtigkeitsgefühl ins Gesicht
schlagenden Vorschlag abzulehnen. (Beif. Bravo! bei den Sozialdem.;
Lachen rechts; erneutes leb. Bravo!)

Staatssekretär Graf Rosadowitsch erklärt die höheren Löhne im
Westen aus den besseren wirtschaftlichen Verhältnissen dort. Die
Sozialdemokraten müßten also ihre Hand dazu bisten, die Lage der
ostpreussischen Landwirtschaft zu heben.

Abg. v. Staudy (konf.): Wenn man die Sozialdemokraten
hört, müßte man meinen, daß die Arbeiter im Osten geradezu ge-
müthet würden. Davon ist gar keine Rede. Sie stehen bei ihren
Naturalbegehren besser, als die Arbeiter in den Industriezentren.
Verlocht durch Verprechungen und verheißt ziehen die Landarbeiter
gesund und blühend fort und kehren gebrochen an Körper und Geist
später aus der Stadt wieder aufs Land zurück.

Abg. v. Jodzewski (Pole) bespricht sich darüber, daß der
Abg. Stadthagen von der Schmutzkonturrenz der polnischen Arbeiter
und von Kulis gesprochen habe. Ein solches Vorgehen sei merkwürdig
für einen Vertreter der Arbeiterpartei und verstoße doch gegen die
Ordnung des Hauses.

Präsident Graf Ballestrem: Für die Ordnung des Hauses
sorge ich.

Abg. Mollenbuhr (Soz.): Gewiß sind wir international, aber
in dem Sinne, daß wir verlangen, die Arbeiter aller Länder sollen
gleichgestellt sein. Die ausländischen Arbeiter sind aber ganz recht-
los hier und ihr Heranziehen schädigt die einheimischen Arbeiter.
Die ganze Frage würde sofort ein ganz anderes Gesicht bekommen,
wenn man den ausländischen Arbeitern das Koalitionsrecht zuge-
stehen wolle. Der Zug nach dem Westen zwingt ja die ostpreussischen
Grundbesitzer, ihre Arbeiter etwas besser zu stellen, aber daß diese
in einem idealen Zustande leben, werden Sie uns nicht glauben
machen.

Abg. Haase (Soz.) wendet sich energisch gegen die Behauptung
des Abg. Staudy über die glänzende Lage der ostpreussischen Land-
arbeiter. Die Landarbeiter brauchen nicht von sozialdemokratischen
Hegemonen unzufrieden gemacht zu werden; das Geschäft besorgen
die Gutsbesitzer selbst. (Lärm rechts). Bravo bei den Sozialdemo-
kraten.) Gerade durch die wahrheitsgetreue Schilderung der Lage
der Arbeiter haben die ostpreussischen Sozialdemokraten ihre Erfolge
bei den Wahlen erzielt. (Widerspruch rechts). Hunderte von alten
Landarbeitern haben mir erklärt, wenn sie nicht so alt, so verwachsen
mit ihrer Scholle wären, sie würden Alles zusammenpacken und
fortziehen, nur um der unwürdigen Behandlung zu entgehen. Sie
reißt die Arbeiter in erster Linie fort, mehr noch als die niedrigen
Löhne. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die jungen Leute,
die zum Militär ausgehoben werden, kehren in den seltensten Fällen
nach beendetem Dienst auf's Land zurück. Nicht weil sie die Ver-
günstigung sucht in der Stadt zurückzukehren, sondern weil sie in den
Gemeinden gefehlt haben, daß der großstädtische Arbeiter seiner
ganzen sozialen Stellung nach tausend Mal über dem ostpreussischen
Landarbeiter steht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. Lärm
rechts.) Der fränke Landarbeiter ist geradezu auf die Gnade des
Gutsbesitzers angewiesen. (Unruhe rechts.) Dem Landarbeiter
sollen nicht Gerechtigkeit zur Verfügung, wenn er kein Recht
gegen den Dienstherrn sucht. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Graf Kintowitroem (konf.): Niemand wird der län-
dliche Arbeiter so gut behandeln, als bei uns in Ostpreußen. (Lachen
h. d. Soz.) Ihre Reden beweisen, daß Sie nichts von der Sache ver-
stehen. (Erneute Heiterkeit h. d. Soz.) Sie mögen was ja für
keine Dramen halten (Auf h. d. Soz.): Für große Heiterkeit,
aber so dumm sind wir doch nicht, die Arbeiter durch schlechte Be-
handlung fortzutreiben. Der Abg. Haase sollte sich hüten (Heiterkeit
h. d. Soz.) uns so anzugreifen. Er kennt doch den sozialdemo-
kratischen Gutsbesitzer sehr genau, der sich weigert, einen seiner
Arbeiter, der sich den Zug verlegt hatte, in des Krankenhauses zu
transportieren. Eine Witwe aus dem Dorfe stellte schließlich den
Wagen, aber der Verletzte starb, weil er zu spät ins Krankenhaus
gebracht wurde. (Hört! hört! rechts.) Schließlich weigerte sich der
sozialdemokratische Gutsbesitzer sogar noch, die Kurkosten zu zahlen.
(Hört! hört! rechts.) Herr Haase hat sich der Wahrheit gegenüber
weisen, daß Ihre Leute gegen hohen Tagelohn ganze Schaaren mit
Nagelblättern beschmiffen (Lachen h. d. Soz.), da war ich im höchsten
Grade erntet über das geradezu lässliche Wahlergebnis, das Sie
erzielt haben. (Starke Heiterkeit h. d. Soz.) Ich erwarte
den Abg. Haase; er wird nicht einen ostpreussischen Kreis erobern.
(Bravo! rechts. Gelächter h. d. Soz.)

Abg. Stadthagen (Soz.) (mit Wut) von der Rechten em-
por) beruft sich auf die Statistik der Löhne der landlichen Arbeiter.
Es ist unannehmlich, es ist eine Schande für die Kultur, daß ein er-
wachener Mann weniger täglich verdient, als dem preussischen
Staat der Unterhalt eines Jugendknechts kostet — 50 Pf. täglich.
Ich habe nicht gesagt, daß die Arbeiter Schmutzkonturrenz treiben.
Das thun die Programmdefiziter, die die ausländischen Arbeiter her-
überholen. (Lärm rechts.) Wenn Sie die Bestimmung im Gesetz
ändern, so thun Sie damit etwas Antideutsches, etwas Antinationales,
etwas Gemeingefährliches. (Große Unruhe rechts. Bravo! bei den
Sozialdemokraten.)

Abg. Haase (Soz.): Graf Kintowitroem prophezeit uns, daß
wir bei der nächsten Wahl in Ostpreußen auch nicht einen Kan-
didaten durchbringen. Wenn er dafür sorgt, daß die Ueberretungen
des Wahlgesetzes aufhören, daß der Wahlkampf nicht mehr mit
Lügen und Verleumdungen von agrarischer Seite geführt wird,

(Lärm rechts.) so werden die ostpreussischen Sozialdemokraten in den
nächsten Reichstag in stattlicher Anzahl einziehen. (Bravo! rechts.)
Der Herr Graf hat den Fall eines sozialdemokratischen Gutsbesitzers
hier angeführt. Woher hat er seine Information? Er kann sie
nur haben aus amtlichen Quellen, die ihm in seiner Eigenschaft als
Landrat zur Verfügung standen. Er schreit sich nicht, diese
Quellen zu benutzen, obgleich er selbst zu den Unterzeichnern
eines Antrages gehörte, der die Benutzung amtlicher Schrift-
stücke bestrafen wollte. (Lärm rechts.) Was aber den
Fall selbst betrifft, so sind wir nicht gewohnt, einer un-
bekannten Thatsache auszuweichen. Wenn einer unserer Genossen
seine Pflicht verlegt, sind wir die ersten, es zu rügen. (Bravo.)
Der Fall liegt etwas anders, als Graf Kintowitroem ihn dar-
gestellt hat, aber der Gutsbesitzer Braun hat insofern gehandelt.
Er ist leider in die lästige Gewohnheit seiner agrarischen Freunde da-
bei zurückgefallen, mit denen er jahrelang verkehrt hat. (Sehr
gut! bei den Sozialdemokraten. Großer Lärm rechts.) Er ist von
uns zur Rede gestellt worden, hat sein Unrecht eingesehen und die
Kurkosten bezahlt. (Hört! hört!) Ich wollte, meine Herren
Agrarier, daß Sie alle stets so Ihr Unrecht wieder gut machen, das
Sie an den armen Landarbeitern verüben. (Lärm rechts.) Die
ostpreussischen Landarbeiter haben mittlerweile etwas gelernt, sie lassen
sich nicht mehr so treten. Deshalb suchen sich die Agrarier Andere
nach auswärts, die noch nicht so weit sind. Die Landarbeiter, die
nach dem Westen gegangen sind, kehren nicht zurück; also gefällt es
ihnen dort, weil sie bessere Löhne gefunden haben. (Sehr
richtig! links.) Wie es mit den Lohnverhältnissen im Osten steht,
zeigt die Thatsache, daß die Landarbeiter alle in der untersten Lohn-
klasse verfaßt sind, obwohl die Naturalbezüge mit berechnet
werden. Das zeigt, daß sie sich in der eisenbesten Lebens-
lage befinden. (Sehr wahr! links.) Die einzige Ursache Ihrer
Leutenoth sind Sie selbst. Die Debatten im preussischen Abge-
ordnetenhaus haben unter den ostpreussischen Arbeitern viel böses
Blut gemacht. Die Leute lesen Zeitungen — auch ein Dorn in
Ihrem Auge! (Lärm rechts.) Da brauchen Sie sich nicht zu
wundern, wenn sie in immer größeren Scharen Ihnen und Ihrer
Partei abtrüben. (Lebhafter Beifall bei den Sozial-
demokraten. Lachen rechts.)

Die Weiterberatung wird hierauf auf Freitag 1 Uhr vertagt.
Schluß 6 Uhr.

Dritter Congreß der Gewerkschaften Deutschlands.

Frankfurt a. M., 8. Mai.
Nachmittags-Sitzung.

In der von Bömelburg geleiteten Nachmittags-Sitzung wird
die Diskussion über den Rechenschaftsbericht der Generalkommission
fortgesetzt. Die Diskussion dreht sich in der Hauptsache um die
um die Agitation unter Italienern und Polen.

Sachsenbach-Berlin befürwortet stärkere Agitation unter den
Polen.

Konstanz-Berlin wendet sich gegen den Vorschlag, die General-
kommission von den Generalversammlungen der Einzelverbände
auszuschließen. Die Generalkommission müsse mit den Einzel-
organisationen in lebendiger Fühlung bleiben.

Humber-Wien begrüßt Namens der österreichischen Gewerks-
chaften die Delegirten und dankt ihnen für die Unterstützung in
baarem Gelde, die der österreichischen Bewegung von der deutschen
zu Theil geworden sind (800 Mark). Er sei bestrebt gewesen mit
den italienischen Organisationen in Fühlung zu kommen, zuerst habe
er mit Turati verhandelt. Es sei eine Organisation zur Auffklärung
der auf den Straßenmärkten verlaufenden italienischen Lohnarbeiter
fertig gewesen als die Matländer Unruhen diese Rechnung wieder
über den Haufen geworfen hätten. In Trient sei jetzt ein von
österreichischen und deutschen Arbeitern bezahlter Genosse angestellt,
der die durchziehenden Arbeiter aufzuklären und schon manchen
Erfolg zu verzeichnen habe. In Oesterreich reibe der Nationalitäten-
kampf die Kräfte auf, wenn sich auch schließlich das Prinzip durch-
gerungen habe, daß es in der Gewerkschaftsbewegung nur
Zentralisation gäbe ohne Unterchied der Nationalität. In
Oesterreich giebt es 150,000 organisierte Arbeiter und trotz der ge-
ringeren Zahl stellen sie eine Macht dar. In der Regierung herrscht
jetzt ein sozialpolitischer Kurs, die Minister haben in England
etwas gelernt und verhandeln mit uns. Aber von Oesterreich gilt
noch das Wort Adlers: „Despotismus, gemildert durch die
Schlamperie.“ Wir Arbeiter lassen uns durch den heutigen Kurs
nicht täuschen. Heute verhandeln die Minister mit uns, morgen
lassen uns andere Minister in Ketten abführen. Die österreichischen
Arbeiter sehen immer noch nach Deutschland hinüber, namentlich bei dem
jetzt eben ausgebrochenen Textilarbeiterstreik in Brann wegen Ver-
längerung der Arbeitszeit. Dieser Kampf kann leicht noch einen
Generalstreik sämtlicher Textilarbeiter Oesterreichs zur Folge
haben. Auch für diesen Fall appellieren wir an Ihr Solidaritäts-
gefühl, wir richten an die deutschen Genossen den Appell, uns im
Kampfe um die Verkürzung der Arbeitszeit auch dadurch zu unter-
stützen, daß sie selbst immer mehr und energischer als bisher auf ver-
kürzte Arbeitszeit dringen. (Beifall.)

Nach weiteren Bemerkungen von Pappow-Hamburg und
Duffe-Berlin, der sich namentlich bespricht, daß ein Vertreter der
Generalkommission auf einer Generalversammlung Berlin eine
„Mittelgrube“ genannt habe, „aus der aller politischer und gewerk-
schaftlicher Stank“ komme, wird die Diskussion geschlossen.

In seinem Schlusswort geht Legien auf die Frage der
restirenden Beiträge ein. Bei einzelnen Organisationen sei die Ein-
treibung der Reste unmöglich, es handle sich auch meist gerade um
solche Organisationen, die von der Generalkommission unterstützt
werden müßten. Es habe also gar keinen Zweck, rigoros vorzu-
gehen. Dietrich habe die Erhebung im graphischen Gewerbe be-
mängelt, die Enquete habe aber ergeben, daß in diesem
angehlich am günstigsten gestellten Gewerbe namentlich in
Berlin ganz unheimliche Zustände beständen. Die Ergebnisse
der Enquete würden demnächst veröffentlicht werden. Die An-
wesenheit der Vertreter der Generalkommission auf den Einzel-
kongressen sei nicht als gewerkschaftliche „Oberaufsicht“ gemeint,
sondern sehr wünschenswerth. Die gegenseitigen Anregungen seien
gar nicht zu entbehren. Heute sei ja der Gedanke von der Not-
wendigkeit einer alle Verbände umfassenden Organisation und
Kommission fast Allen in Fleisch und Blut übergegangen. Aber
es gebe immer noch Einzelne, die anderer Meinung seien, und so
lang noch Anträge auf Auflösung von der Generalkommission ge-
stellt werden, kann man der Generalkommission das Recht nicht
nehmen, auf die Einzelkongresse zu gehen. Den von Duffe gitzten
Auspruch von Roske billige er nicht, aber in der Sache selbst
habe Roske nicht so Unrecht gehabt. (Heiterkeit.) Der Gewerk-
schaftsausschuß habe sich durchaus bewährt, er bitte, ihn zu behalten,
vorausgesetzt, daß er wie bisher nur beratende Stimme beansprucht.
Die Zahl der Mitglieder der Generalkommission müße auf sieben
Personen erhöht werden. Das so wenig Einwendungen gegen die
Generalkommission vorgebracht worden sind, sei die Haupt-
Ergründung der letzten Jahre, mit denen wir alle Ursache haben
zufrieden zu sein. (Beifall.)

Der Generalkommission wird hierauf einstimmig Entlassung
ertheilt. Das Weiterbestehen der Generalkommission wird ebenfalls
einstimmig beschlossen. Der Gewerkschaftsausschuß soll weiter be-
stehen bleiben. Die Generalkommission soll künftig aus sieben Mit-
gliedern bestehen und auch weiter das Recht haben, Vertreter auf die
Generalversammlungen der Einzelverbände zu senden. Die Beitrags-
reste, auch die von vor dem 1. Juli 1899, werden nicht gefällig.
Die im Rückstande befindlichen Organisationen werden erspählet,
ihre Reste binnen drei Jahren zu bezahlen. Die im Jahre 1899
von der Generalkommission zurückgelassenen Schulden im Höhe von
15,200 Mk. sollen mannehr zurückgezahlt werden. Eine Anregung
der Gläubiger zu erfuchen, das Geld den Bränner Textilarbeitern

zu überweisen, stößt auf Widerspruch und wird deshalb vom Vor-
sitzenden fallen gelassen. Um alle auf die Generalkommission be-
züglichen Anträge zu einer Resolution zusammenzufassen, wird eine
Kommission von 7 Mitgliedern zu wählen beschlossen.

Für die Mandatsprüfungskommission erstattet Dubant-Berlin
Bericht. Es sind 127 Delegirte anwesend, die 493,638 Mitglieder
vertröten. Größerer Beitragserlöse werden will die Kommission die
Mandate der Zigarrenortner und Tabakarbeiter nicht anerkennen.
Die Kommission hat ferner auch das Mandat des Vertreters der
Gewerkschaft der Buchdrucker mit 4 gegen 3 Stimmen nicht an-
erkannt und schlägt folgende Resolution vor:

„Die Kommission hält es nicht für die Aufgabe des Kon-
gresses, sich in die tariflichen Streitigkeiten zwischen dem Verban-
de der Buchdrucker und der Gewerkschaft der Buchdrucker zu mischen.
Der Kongreß weist es ab, Schiedsrichter zu sein in diesen
Differenzen bei der einseitigen Darstellung des Sachverhalts seitens
der Gewerkschaft der Buchdrucker in dem vorliegenden gedruckten
Zirkular. Der Kongreß erkennt dem Verband der Buchdrucker als
die einzig rechtmäßige Organisation an und sind darum nur
deren Vertreter zum Kongresse zuzulassen, das vom Zentralkomitee
der Gewerkschaft der Buchdrucker ausgestellte Mandat Otto
Pollender aber als ungültig zurückzuweisen.“

Meißner-Hannover und b. Elm ersuchen um Zulassung der
Zigarrenortner und Tabakarbeiter, da die Beiträge bezahlt werden
würden.

Pollender-Weipzig hält den Beschluß der Ausschließung der
Buchdrucker-Gewerkschaft für verfehlt, denn die neugebildete Buch-
drucker-Gewerkschaft sei eine Zentralorganisation, die nach dem
Kongreßbeschlusse von 1896 zum Kongreß zugelassen werden müsse.
Er habe sich natürlich bisher aller Bestimmungen enthalten. Die
Behandlung seiner Gewerkschaft müsse er als parteiisch bezeichnen.
Die Gründung der neuen Organisation sei aus sachlichen Gründen
erfolgt. Er hoffe, daß die Mehrheit des Kongresses sein Mandat
für gültig erklären werde.

Leipziger-Stuttgart hält es für ausgeschlossen, daß Pollender
zugelassen wird. Die angebliche Zentralorganisation der Buchdrucker-
gewerkschaft sei keine solche, die Beiträge an die Generalkommission
zahle. Mit demselben Recht hätten auch Hirsch-Dunder'sche Zentral-
verbände Anspruch auf Zulassung. Die Buchdrucker-Gewerkschaft habe
sich vom Verbande losgelöst, weil ihre Mitglieder in der Minorität
geblieben sind. Hier Toleranz üben, hieße die Uneinigkeit fördern.
Hätte man diese Lösung in Deutschland 1896 für möglich gehalten,
dann würden die Zulassungsbestimmungen anders ausgefallen sein.
Man müsse verhalten, daß sich der Buchdruckerübergang nicht noch in
anderen Gewerkschaften wiederhole.

Döblin-Berlin spricht gegen die Zulassung Pollenders. Die
Buchdrucker-Gewerkschaft hätte nicht die geringste Bedeutung, wenn
nicht einzelne Mitglieder großen Einfluß auf die Parteipresse hätten.
Die Gewerkschaft sei nur Schein eine Zentralorganisation, sie habe
sich gegen das demokratische Prinzip der Unterordnung unter den
Gesamtwillen vergangen und dem Satz: „Proletarier aller Länder
vereiniget Euch“ ins Gesicht geschlagen.

Kloß-Weipzig tritt für Zulassung Pollender's ein. Der
Kongreß und die Generalkommission wäre gewiß anderer Meinung,
wenn nicht der alte Verband so groß und mächtig und die neue
Gewerkschaft so klein wäre. Auch bei uns in der Arbeiterbewegung
scheine der Grundsatz zu gelten: „Denn ich bin groß und Du bist
klein.“ Nach den jetzigen Statuten muß die Zulassung erfolgen, für
die Zukunft könne man ja anders beschließen. Hoyer-Weipzig
schließt sich dem Vorredner an. Haas-Dresden hält die Gründung
der Neuorganisation für bedauerlich, ist aber doch für Zulassung
Pollender's.

An der weiteren Diskussion betheiligen sich Weinheber-
Hamburg gegen Meißner-Hannover für Zulassung. Pollender ver-
weigert noch einmal sein Mandat.

Es wird Schluß der Debatte angenommen.

Die Mandate der Bergarbeiter, Steinzeiger, die wegen kleiner
Formfehler zweifelhaft waren, sowie diejenigen der Tabakarbeiter
und Zigarrenortner werden zunächst für gültig erklärt.

Ueber die Zulassung des Mandates Pollender wird in nament-
licher Abstimmung entschieden. Die große Mehrheit der Delegirten
stimmt gegen die Zulassung. Das genaue Resultat der Ab-
stimmung wird erst morgen bekannt gemacht werden. (Die Weipziger
Delegirten aus fast allen Berufen stimmten für die Zulassung
Pollender's.)

Es entspinnt sich noch eine Debatte, ob nun Pollender als
Korreferent für den Punkt der Tagesordnung „Tarifgemeinschaft“
bestellt werden soll.

Namentlich die Buchdrucker wenden sich energisch gegen den
Korreferenten Pollender, sie würden eine solche Bestellung als
einen Schlag mit der Faust ins Gesicht der Buchdruckerorganisation
betrachten. Döblin erklärt, er würde gern auf das Referat verzichten.

Kloß bittet, Pollender als Korreferent zu bestellen. Pollender
lehnt, das frei sei von persönlichen Momenten.

Nach längerer Debatte beschließt der Kongreß, zum Punkt
Tarifgemeinschaft einen Korreferenten überhaupt nicht zu bestellen.
Damit ist die streitige Frage erledigt.

Hierauf werden die weiteren Verhandlungen auf Dienstag
9 Uhr vertagt.

Frankfurt a. M., 9. Mai 1899.

Zweiter Verhandlungstag.
Die gestrige namentliche Abstimmung hat das Ergebnis ge-
habt, daß 96 Delegirte für 347,039 Mitglieder gegen die Zulassung
Pollender's, 26 Delegirte für 116,923 Mitglieder für die Zulassung
gestimmt haben.

Zur Berathung werden die Anträge gestellt, welche die Agitation,
die Erweiterung der Thätigkeit der Generalkommission, die Streik-
unterstützung und Streikstatistik und das Korrespondenzblatt be-
treffen. Die Bildhauerorganisation befürwortet verstärkte Agitation
für Arbeitslohnunterstützung. Die Konferenz der Redakteure der
Gewerkschaftspresse beantragt, die Generalkommission möge eine
Zentralstelle schaffen, die der Gewerkschaftspresse Material liefert,
damit sie die fortgesetzte Verschlechterung der Arbeiterversicherungs-
gesetzgebung publizistisch besser als bisher bekämpfen kann. Die
Gewerkschaften sollen dadurch namentlich auf die Versicherungs-
institutionen, z. B. die Krankenkassen, einwirken. Der Vorstand des
Polgarbeiterverbandes beantragt eine Erweiterung der General-
kommission. Es soll ein dritter Beamter angestellt werden, der
die amtlichen Publikationen des Reiches und der Einzelstaaten oder
Gemeinden, welche die Arbeiterinteressen betreffen, bearbeitet und
den Gewerkschaften zugänglich machen soll. Außerdem soll für das
Korrespondenzblatt ein besonderer Redakteur angestellt werden.
Dieses selbst soll eine regelmäßige Uebersicht über alle Vorgänge in
den deutschen wie auch ausländischen Gewerkschaften enthalten, auch
sonst den Inhalt sehr bereichern und Berichte über die Geschäfts-
lage, über die Unternehmer-Organisationen, über wichtige Prozesse
bringen. Alljährlich soll ein Jahresbericht der Generalkommission
herausgegeben werden, welcher als Handbuch von allen Agitatoren
und Interessenten an der Gewerkschaftsbewegung benutzt werden
kann. Im Jahresbericht sollen die jährlichen statistischen Ausweise
aber die Zahl und Stärke der deutschen Gewerkschaften und deren
Einnahmen und Ausgaben nebst der Streik-Statistik veröffentlicht
werden. Die Generalkommission endlich beantragt im Hinblick auf
die einseitigen politischen Erhebungen über Streiks, welche gegen
die Arbeiter ausgeführt worden und die Grundlage für ein kriminal-
rechtliches Vorgehen gegen die Arbeiter bilden, eine bessere
Streikstatistik durch die Gewerkschaften. Der Zentralverein der Bild-
hauer befürwortet die Herausgabe einer über alle Gewerkschaften
Deutschlands ausgedehnten Statistik, die sachmännischer als bisher
bearbeitet wird. Eventuell soll dazu ein Sachverständiger be-
mangelt werden, wenn die Generalkommission dieser Aufgabe nicht
gewachsen sein sollte.

Bringmann-Hamburg befürwortet als Referent besonders
den Antrag der Redakteure der Gewerkschaftsblätter. Die Referat-
würden etwa 6-7000 Mark betragen, was die Sache werth sei.
Es ganz grundlos sei die Befürchtung, als wolle der Antrag die Thätig-
keit der politischen Partei irgendwie beeinträchtigen.

Sturm-Rüchen befeuert die Herausgabe statistischen Materials, das weniger auf die Bedürfnisse der Gesetzgebung, aber mehr auf die Bedürfnisse der Interessenten an der Gewerkschaftsbewegung zugeschnitten sei.

Erpari-Sinnigart begründet die Anträge des Holzarbeiterverbandes. Es sei jetzt die Zeit des Ausbaues für die General-Kommission und seine Anträge zeigten die Richtung dieses Ausbaues. Die vom Holzarbeiterverband verfolgten Wünsche würden sich erfüllen lassen mit den jetzigen Mitteln der General-Kommission. Eine Erhöhung der Beiträge wänche er nicht. Das Korrespondenzblatt solle regelmäßig 16 Seiten stark sein und einem besseren Inhalt als bisher bekommen und nicht nur mit Generalberichtsberichten

gefüllt werden. Jetzt sei es nach Feierabend kurzer Hand zusammen-gestellt worden, damit nur wieder einmal eine Nummer erscheinen konnte. Die Herausgabe des Jahresberichts habe überall Anklang gefunden. (Beifall.)

Legien begründet den Antrag der Generalkommission auf Schaffung einer Streckstatistik. Das Material muß eher publiziert werden, als das amtliche, denn sonst wird sich die ganze publizistische Erörterung auf die amtliche Statistik beschränken.

Müller-Hamburg begründet einen noch nachträglichen unter-stützten Antrag, der die Anstellung von Vertrauenspersonen wünscht, die schwachen Organisationen hilfreich zur Seite stehen und Neugründungen von Organisationen fördern sollen. Von der Generalkommission soll eine Broschüre herausgegeben werden, welche über die internationalen Beziehungen der Gewerkschaften alles Wissens-würdige enthalten soll.

Postmann-Hamburg begründet einen noch nachträglich unter-stützten Antrag, der eine Regelung der Streikunterstützung herbei-führen will. Nebenher meint, es müsse endlich mit der Praxis ge-brochen werden, daß bei Anglistreiks auch die Nichtorganisierten Unterstützung erhalten. Diese Leute füllten sich ihre Taschen aus der Streikkasse, blieben aber der Organisation fern. Bei Abwehr-streiks sei es etwas Anderes, da sei die Unterstützung von Nicht-organisierten manchmal nicht zu umgehen.

(Fortsetzung folgt.)

Stadt-Theater.
Freitag:
„Die Valküre“.
Sonnabend:
„Don Carlos“.

Lobe-Theater.
Freitag:
„Hararellus“.
„Die Gefährtin“.
„Der grüne Jahnke“
Sonnabend:
„Die Geisha“.

Deutsches Theater.
Freitag:
„Mit Vergnügen“.

Ohlau. Ohlau.
Socialdem. Arbeiterverein.
Sonnabend, den 13. d. M.,
Abends 8 1/2 Uhr,
im Gasthof „zum weißen Roß“:
Mitglieder-Versammlung.
Die Tages-Ordnung wird in der
Versammlung bekannt gegeben.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Neustadt O.S.
Arbeiter-Bildungs-Verein.
Sonnabend, den 13. Mai cr.,
Nachmittags 4 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Gewerkschafts-Partei
Liegnitz
Der Ausflug
fährt am Sonntag, den 14. Mai,
nach Gross-Beckern aus.

Bunzlau.
Ich empfehle den Genossen mein
großes Lager von
Filzhüten
in allen neuesten Formen u. Farben,
Sowie

Sommer-Rüchen
für Herren, Knaben u. Mädchen,
zu sehr billigen Preisen.

Aug. Römer,
Gurgels 18.

August Breuer
BRESLAU
Nicolaisstr. 18 19
empfehle ich
reichhaltiges
Lager
in Herren-, Damen- und
Kinderschuhwaren
zu den billigsten Preisen in guter
Ausführung und eleganter Ausstattung.
Herren-Gamasen von 3.50 Mk. an,
da (Hantel-Fantel) 8.-
Herren-Regenmäntel (prima)
von 2.50 Mk. an.
Kinderhüte . . . 0.45
Sowie sämtliche Ersatzteile
allerbilligst. 4988

Röst-Caffee's
dies frisch, unübertroffen an Kraft
und Aroma, à Pfd. 1.60, 1.40,
1.20, 1.-, 0.86 Pfd.
Peri-Caffee . . . à Pfd. 1.- 52.
Götter-Caffee . . . 12 Pf.
Soria . . . à Pfd. 23-25
Soria Perlencaffee . . . à Pfd. 12
Sofort, große . . . à Pfd. 28
Sofort, gemischt . . . 25
Sofort, neue Mischung . . .
Pflanz . . . 15
Peri-Perlenkaffee . . . 20
Sofort . . . 15
Sofort, große, versch. Sorten
Sofort, 70, bei 5 Pfd. 65 Pf.
Sofort . . . 31 und 35

Theodor Giersdorf,
4988
Güterstr. 21, am Schindlerplatz.
Filialen: Rühlstr. 1a,
Güterstr. 9, Rühlstr. 16.
Stroh- und Filzhüte
und Hüte
aller Art, Herren-, für Herren
und Knaben, große Auswahl in
besten Sorten
mit reichlich Ersatzteilen
von Rühlstr. 1a, am
am Schindlerplatz, 4997

Zeitgarten.
Täglich:
Borsaglieri in Uniform
Kostloser Erfolg.
Nur 10 Pf. Entrée
Anfang 8 1/2 Uhr.
Sonn- u. Feiertag 8 Uhr
Nacht: Sonn- und
Feiertag v. 11-1 Uhr gänzlich frei.
Täglich, ob Sonn-
os Regen. Billige Preise
für Speisen u. Getränke.

Sonnabend, den 13. Mai 1899:
8. Stiftungs-Fest
im Volksgarten
des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes
(Sektion der Klempner). 4981
In den Pausen: Humoristische Vorträge
Entrée: Herr incl. Dame 60 Pf., einz. Dame 30 Pf.
Anfang 8 Uhr.
Es ladet ergebenst ein Der Vorstand.

Achtung! Achtung!
Metall-Arbeiter.
Sonnabend, den 13. Mai 1899
im Saale des Herrn Neumann (früher Pietsch), Gartenstraße 75

Großes
Maifest-Bränzchen
bei bestem Orchester
arrangiert vom
Deutschen Metall-Arbeiter-Verband.
Anfang 7 Uhr.
Entrée im Bismarck: Herr incl. Dame 60 Pf., einz. Dame 30 Pf.
Es ladet ergebenst ein Der Vorstand.

Versammlungs-Anzeige!
Verband der Bau-, Erd- und gewerbli. Hilfsarbeiter
Deutschlands (Zabistelle Breslau).
Sonntag, den 14. Mai 1899, Sonntags 11 Uhr:

Mitglieder-Versammlung
4997 bei Kostrowaky, Jesustraße 75.
Tages-Ordnung wird sofort bekannt gegeben. Mitglieder
werden erbeten.

Fritz Heidenreich
Fahrradfabrik u. Reparatur-Werk.
BRESLAU, Friedrich-Wilhelmstr. 5a.
Telephon 3261. 4994
H. Götter: Adalbertstraße Nr. 4.
Telephon 3311.
Reparaturen - Bemalungen - Umrüstungen fahrb. und stillg.
Fahrrad-Prüfstelle. Verleihung von Tandems und Tripletts.

Erinnerung
an das
Herren- und Knaben-
Garderoben-Geschäft
J. Schönfeld, Schmiedebrücke
Nr. 19.

Transport-Dreiräder
nach bewährten Systemen.
Kräftig gebautes Dreirad mit Kasten hinten. Leichteste Lenkbarkeit.
Tragkraft ca. 100 kg. Beschädigung der Waare während der Fahrt
Jul. Dressler & Co., Breslau, Bohrerstrasse 7,
Harrasgasse 4/6.

Für das Bureau einer größeren
Krankenkasse wird zum baldigen
Antritt
I Lebeling
Sohn achtbarer Eltern gesucht.
Selbstgeschriebene Bewerbungen m.
Lebenslauf sind bis zum 16. d. Mts.
sub **K. K. 30** im Briefkasten
dieser Zeitung niederzulegen.

Bruno Rosenthal,
4996
Verfertiger besseren
Handarbeits-
Schuhwerks,
Breslau,
Schmiedebrücke 57,
empfehle

für Damen
Halbschuhe
weiches Leder, Hand 3 1/2
grünes . . . 3 1/2
braunes . . . 4
Segetusch 2 1/2

40 Waschtische,
Spiegelschränken
und Spiegel
werden einzeln auf
Abzahlung b. einer
Anzahlung v. 5 Mk.
und wöchentlich Ab-
zahlung v. 1,50 Mk.
an abgegeben 45423
S. Osswald,
Schmiedebrücke 74, L

Wenn Sie von Cigaretten, indel-
leber Rauch, lockiges Aroma,
eine reichliche und ägyptische
Cigaretten und die Tafel halt
selbst empfangen 4950
Emmo Hanke,
Friedr.-Wilhelmstr. 30a.

Am allerbilligsten
und reellsten
kauft man im 4979
Tshepiner und Stiefel-Lager
Kurze Gasse 55, Ecke Leuthenstr.
Reparatur-Anstalt jeder Art.
4908 Meine beliebten
Cigarren, Cigarotten
und Tabake,
sowie vorzüglichen
Hamburgr-Caffee
und **Souchong-Thee**
empfehle ich zu billigsten Preisen
einer geneigten Beachtung.
Oscar Betz, Adalbertstr. 2.

Das Dresdener
Zuchthaus-
Urtheil vor dem
Reichstag
nach dem offiziellen keno-
graphischen Bericht.
Mit einer Einleitung.
Preis 20 Pf.
Zu beziehen durch die
Expedition und Colporteurs.

Gewerkschaften
und
Koalitionsrecht
der Arbeiter
von
Max Schippel.
Zu beziehen durch die Expedition
und Colporteurs.

Die Socialdemokratie
und das
allgemeine Stimmrecht
von
August Rebel.
Preis 20 Pfg.

Ich verkaufe keine Ramschwaare nur von
mir selbst verfertigte reelle
Herren- u. Knaben-Garderobe
die ich zu unvergleichlich billigen Preisen
abgebe und offerire:
Knaben-Garderobe
Anzüge und Paletots schon von 1,50 an.
Einzelne Beinkleider „ „ 0,75 „
Herren-Garderobe.
Anzüge und Paletots schon von 6,— an.
Beinkleider „ „ 2,— „
Eduard Freund
Neuschestrasse 57, Cafe Hinterhäuser.
Waaren-Haus nur reeller
Herren- u. Knaben-Garderobe.
4985

Größtes Breslauer Kinderwagen-
Verkaufs- und Versandhaus
nur Ohlaustr. 13, pt. u. 1. Stg.
B. Suchantke, früher Bischofstraße.
In Breslau nur einzig in dieser
großen Auswahl und billigen
Preisen
Cataloge gratis und franco. 4545
Fehlende Kinder-Wagenfedern und Matratzen sehr billig
Färberei und chemische Waschanstalt
A. Weidlich, Breslau, Griesenauyl. 2, Martinst.
Telephon-Anschluss Nummer 917.
Färberei und Reinigung von Damen- und Herren-
Garderoben, Teppichen, Portieren, Teppiche, Möbelstoffe,
Plätze und Decatur von Stoffen.
Färberei von Mull- und Taill-Gardinen, echten Spitzen u.
Sei freier Abholung und Zustellung. 4946

Schuhwaren
dauerhaft u. eleg. für Herren, Damen u. Kinder
zu billigsten Preisen.
Herrengamasen u. Damengamasen in allen
Lederarten vorräthig.
Ww. H. Christmann,
37, Große Scheitnigerstraße 37.
4985

Größtes u. billigstes Hut- und Schirmlager von Gustav Nowak, Friedrich Wilhelmstr. 77
Ecke Königsplatz. 4909

Partei-Angelegenheiten.

Ehrung der Märzgefallenen in Dresden.

Es wird aus Dresden berichtet: Bei strömendem Regen pilgerten am Dienstag Abend zwischen 5 und 8 Uhr Tausende von Arbeitern, Parteigenossen, nach dem dem Trinitatis- und dem Armenfriedhofe befindlichen Massengräbern der Toten, die vor 50 Jahren ihr Leben im Dienste der Freiheit auf dem Barrikaden ließen.

Am Guch gedenken heut viel tausend Treue, Ihr, die Ihr für die Freiheit strittet heiß. Auch ich leg' zur Erinnerung eine Gabe Auf Euer Grab — ein schlichtes Gelbes.

Wieviel liegt in diesen schlichten Worten! Selbstverständlich wachte auch diesmal die stark verzeigte Polizei mit Argusaugen, daß nichts Polizeiwidriges geschehe.

Die Schleißen der Kränze, welche das dankbare Proletariat den Raigefallenen gewidmet hat, sind durch die Polizeischere vernichtet worden! Alle Widmungen sind abgeschnitten und konfisziert worden.

Sind die Arbeiter unvernünftige Kinder, daß man sie so zu bevormunden mag? Haben sie nicht das Recht jedes Staatsbürgers, ihre Toten zu ehren?

Gegen den unerklärlichen Eingriff in das Eigentumsrecht der Kranzspender werden energische Schritte unternommen werden.

Die internationale Konferenz, welche den nächstjährigen internationalen Arbeiterkongreß vorbereiten soll, wird am 26. und 27. d. M. — Freitag und Sonnabend nach Brüssel tagen.

Majestätsbeleidigungsprozesse.

Der Schuhmacher Kirsten in Nürnberg wurde zu neun Monaten Gefängnis verurteilt, weil er früh um 3 Uhr in beraushtem Zustande schwere Schmähungen gegen König Otto und den Prinzregenten auf offener Straße ausgestoßen hatte.

Wegen Majestätsbeleidigung hatte in Byezinka bei Myslowitz ein Arbeiter Mikuda seinen persönlichen Feind, einen Bauerngutsbesitzer Kari Woschat, denunziert.

In Nürnberg wurde ein Schuhmacher wegen Majestätsbeleidigung zu neun Monaten Gefängnis verurteilt.

Arbeiterbewegung.

450 Ziegel- Arbeiter befinden sich in Uckermünde im Streik; sie verlangen eine geringe Lohnerhöhung.

In Dresden ist der Streik bei der Firma Hüttig und Sohn für beendet erklärt worden. Es haben sich Arbeitswillige gefunden, darunter 15 Mitglieder der Sozialarbeiter, die deshalb aus dem Verbande ausgeschlossen wurden.

Der Verband deutscher Buchdrucker hat nach dem soeben im „Korrespondent“ veröffentlichten Jahresbericht 1898/99 1.1. 1897 1,27, 1898 1,39 Millionen Vereinnahmt und 0,87 Millionen Mark verausgabt.

Die Waler und Anreicher in Halle sind in den Streik eingetreten. Sie fordern 45 Pf. pro Stunde für Waler, 40 Pf.

für Anreicher, 9 1/2 Stunden per Tag, für Ueberstunden 25 bis 50 Prozent Zuschlag. Gänzlichen Wegfall der Akkordarbeit.

Die Maurer und Zimmerer in Straßburg sind am 8. d. M. in den Ausstand getreten.

Weil sie den 1. Mai feierten wurde den Arbeitern der Firma Leins u. Co. in Stuttgart ein Strafabaug von einem halben Tag gemacht.

In Brünn (Mähren) haben mehrere Seidenwebereien freiwillig den Feiertag bewilligt, um das Uebergreifen des Brünner Streiks nach dort zu vermeiden.

Etwa 1000 Bauarbeiter und Bergleute sind in Camargo (Südamerika) in den Ausstand getreten. Dieselben verlangen eine Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit.

Aus aller Welt.

Aus Eifersucht brachte in Bremen der zwanzigjährige Arbeiter Echolt seiner Frau siebzehn schwere Messerstücke bei und stellte sich hierauf selbst der Polizei. Im dem Auskommen der Frau wird gezweifelt.

Haubmord an seinem eigenen Vater verübte in Brdo (Kroatien) der Bauernburche Miko Jernjanic. Der Vater hatte für verkaufte Schweine 100 Gulden heimgebracht.

Das Chor der Sänge in Murcia de Oema, einem Dorfe der Provinz Socia (Spanien), stürzte während eines Gottesdienstes ein.

Die Deutscher soll, wie in Teneriffa verlautet, in Br. Baha ausgebrochen sein; die Regierung habe die Herkunft von der Inseln einführte mit Quarantäne belegt.

Der „König der Diebe“. Aus Wien wird berichtet: Nach fast einjähriger Dauer ist nunmehr die Untersuchung gegen den „König der Diebe“ Julius Raibl abgeschlossen worden.

Die nationalsoziale Partei scheint sich mit Macht auf Breslau und die Provinz Schlesien werfen zu wollen. Nach dem erst vor zwei Wochen Herr Pfarrer Wend einen Vortrag gehalten hat, wird schon am kommenden Sonnabend, den 13. d. Mts., Abends 8 Uhr, Herr Redakteur Damaschke in öffentlicher Versammlung über das Thema „Warum brauchen wir eine neue Partei“ sprechen.

Lokales und Provinzielles.

Breslau, den 12. Mai 1899

Die Parteigenossen

werden dringend ersucht, über die Majestäts-Programme, Majestäts und Majerversammlungskarten sofort abzurechnen.

Das Gespenst der Ueberfluthungsgefahr ist durch die endlosen Regengüsse am Mittwoch und am Donnerstag wieder beträchtlich näher gerückt und aus den verschiedensten Orten Schlesiens, Sachsens und Böhmens kommen neue Nachrichten von Verheerungen, die das Wasser auf Feldern und an Bauwerken angerichtet hat.

Der Wasserstand der Oder in unserer Stadt Breslau betrug am Mittwoch am Unterpegel 1,88 Meter, Rieg am Donnerstag auf 2,42 Meter und hat damit die höchste Höhe in diesem Jahre erreicht.

Der Steuerbescheid des Magistrats und der Stadtkorrespondenten-Versammlung für 1899 ist, wie die „Schl. Ztg.“ meldet, von den Ministern des Innern und der Finanzen

genehmigt worden. Danach gelangen, wie im Vorjahre, 136 Prozent der staatlich veranlagten Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer und 119 pCt. Zuschlag zur Staatseinkommensteuer zur Erhebung.

5002 russische Schweine wurden nach offiziöser Meldung in die städtischen Schlachthäuser von Beuthen D.-S., Kaltowitz, Myslowitz und Larnowitz im April eingeführt; unter denselben befand sich auch nicht ein einziges an Schemefleuche erkranktes Thier.

Ein scharferes Vorgehen gegen den unfaulteren Wettbewerb hat der Finanzminister v. Miquel einer Abordnung der Zentralvereine selbständiger Gewerbetreibender, die kürzlich von ihm empfangen wurde, in Aussicht gestellt.

Für jeden hat Herr v. Miquel eine Gabe. Inzwischen aber hat er den Handwerkerbrief nach Danabridt geschrieben, in dem er die Selbsthilfe empfiehlt, in und der „Nordb. Allg. Ztg.“ hat er mitteilen lassen, daß das Waarenhaussteuergesetz dem Landtage in der gegenwärtigen Tagung nicht zugehen werde.

Verstärkt. Bei Legung von Wasserrohren am Nikolaisbadgraben wurden heute Morgen gegen 7 Uhr drei Arbeiter, welche beim Abheben der Seitenwände beschäftigt waren, durch niederstürzendes, durch den Regen aufgeweichtes Erdreich vollständig verschüttet.

Neue Straßennamen. Auf Antrag des hiesigen Magistrats hat, wie der königliche Polizeipräsident kündigt, der neue, die Verlängerung der Auguststraße bildende Straßenzug zwischen Neuborf- und Lehmgrobenstraße als Fortsetzung der vorhandenen Straße die einheitliche Bezeichnung „Auguststraße“, und der neue, die Verlängerung der Viktoriastraße bildende Straßenzug zwischen Kaiser Wilhelm- und Neuborfstraße als Fortsetzung der vorhandenen Straße die einheitliche Bezeichnung „Viktoriastraße“ erhalten.

Die großen Wiesen von Morgenau und Jedlig bilden zur Zeit infolge des Hochwassers einen wogenden See, der bis an den Damm heranreicht.

Die nationalsoziale Partei scheint sich mit Macht auf Breslau und die Provinz Schlesien werfen zu wollen. Nach dem erst vor zwei Wochen Herr Pfarrer Wend einen Vortrag gehalten hat, wird schon am kommenden Sonnabend, den 13. d. Mts., Abends 8 Uhr, Herr Redakteur Damaschke in öffentlicher Versammlung über das Thema „Warum brauchen wir eine neue Partei“ sprechen.

Die Sonntagsonderzüge, welche im Sommer regelmäßig verkehren, werden zum ersten Male in diesem Jahre am ersten Pfingstfeiertage fahren.

Der wegen Gattenmordes zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilte Schuhmachermeister Herrmann wurde bereits am 5. d. M. in das Zuchthaus eingeliefert.

Kranken- und Sterbekasse „Zur Freundschaft“. Durch den bevorstehenden Umbau des alten Reichmerhauses Nikolaisstraße 10, Ecke Büttnerstraße „Zum grünen Löwen“, welches einem Geschäftshaus modernisiert werden soll, ist die Kranken- und Sterbekasse „Zur Freundschaft“, welche seit ihrer Gründung 1833 dort ihr Stammlokal hatte, beinahe verloren; sie hat in Thons Brauerei „Zum Bergel“, Junkerstraße, eine neue Heimat gefunden.

Bei Abbrucharbeiten im Hinterhofe des Grundstückes Neue Schmiedgasse 19 stürzte Dienstag Nachmittag ein Gewölbe ein, wobei drei Arbeiter mit in die Tiefe gerissen wurden.

Sachbeschädigung. In der Nacht zum 7. d. Mts. hat auf der Mauritzstraße ein Unbekannter so heftig an einem Gaslampebel gerüttelt, daß die Flamme erlosch, der Gasdruck zerbrach und der Leuchtgasbehälter zerbrach.

Vermißt. Der 40 Jahre alte Arbeiter Karl Pollack, welcher Neue Tauerbierstraße 91 wohnt, wird seit dem 6. d. M. vermißt.

Selbstmord. Am 5. d. M. Nachmittags schoß sich ein Schloßer in seiner Wohnung auf der Lohstraße eine Kugel in die rechte Kopfseite und verletzte sich lebensgefährlich; er wurde in das Wenzel-Hank'sche Krankenhaus geschafft, wo er am nächsten Tage verstorben ist.

Dachdecker-Versammlung. Unter den Bauhandwerkern Breslaus herrscht in diesem Frühjahr ein reges Leben. Nachdem die Maurer, Zimmerer, Bauarbeiter und Lössler sich eine Reihe von Verbesserungen erungen haben, folgen ihnen nunmehr die Dachdecker bei dem Verjuche, einen neuen einheitlichen Lohnsatz für das Gewerbe einzuführen.

10 ständige Arbeitszeit; 43 Pf. Stundenlohn; 45 Pf. für bessere Kräfte; 10 Pf. Zuschlag für Lösser und Aufbaumannschaften, für Aufsteigen von Rinnen und Fährzeugarbeiten; 50 Pf. Zuschlag für auswärtige Arbeiten, die am Abend noch eine Rückkehr in die eigene Behausung ermöglichen; 1,50 Mk. Zuschlag für 2 1/2 Tagearbeiten; 2 Mk. Rohgeld für auswärtige verbrachte Sonntage; Entschädigung der auswärtig verbrachten Regentage; Auszahlung des Lohnes um 5 1/2 Uhr, an den Sabbatagen vor dem drei großen Festen um 3 Uhr; Abschaffung der Akkordarbeit; Unterlassung aller Nacharbeiten.

